Liebe Leserinnen und Leser,

der August ist Urlaubs- und Saure Gurken-Zeit, deswegen kommt der August-Newsletter diesmal überpünktlich.

Im Juli wurden die Vorschläge der EU-Kommission für eine Finanztransaktionssteuer als Einnahmeninstrument für den EU-Haushalt kommentiert. Auch mit der neuerliche Zuspitzung der Eurokrise wiederholten sich Forderungen, die Krise durch Einnahmen aus einer Finanztransaktionssteuer zu lindern. Keiner der Vorschläge zur Einnahmenverwendung ist aber konsensfähig, was eine Vereinnahmung durch die nationalen Haushalte wiederum wahrscheinlicher macht.

Die von der EU-Kommission angekündigte Folgenabschätzung zur "Besteuerung des Finanzsektors", also die Studie über Auswirkungen und Gestaltungsmöglichkeiten der Finanztransaktionssteuer und Finanzaktivitätsteuer soll Gerüchten zufolge nun erst im Herbst veröffentlicht werden. Die Studie dürfte aber nach den bereits bekannt gewordenen Vorschlägen keine großen Überraschungen mehr bieten. Die derzeit bekannten Vorschläge der EU-Kommission zur Ausgestaltung der EU-Finanztransaktionssteuer finden Sie am Ende des Newsletters zusammengefasst.

Inhalt:

- Entwicklungen im Inland
- Entwicklungen im Ausland
- Landtag von NRW unterstützt die Einführung einer Steuer gegen Armut
- Pläne von EU-Steuerkommissar zur Ausgestaltung der Steuer

Entwicklungen im Inland:

27. Juli: Die [evangelische Landeskirche Bayern](#) startet ihre Unterschriftenkampagne für die Finanztransaktionssteuer in allen 1540 Kirchengemeinden.

11. Juli: [CSU-Generalsekretär Dobrindt](#) ist gegen eine Verwendung der Finanztransaktionssteuer als EU-Steuer. Bayerns Ministerpräsident [Seehofer](#) (CSU) ist noch unentschieden und nennt sich einen "großen Anhänger der Finanztransaktionssteuer".

8. Juli: [SPD-Chef Steinmeier](#) will mit den Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer den wirtschaftlichen Wiederaufbau der Schuldenstaaten Europas finanzieren. [Volker Wissing](#), finanzpolitischer Sprecher der FDP, geht an die Decke.

8. Juli: [Kurt Beck](#), Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz (SPD), unterstützt die Pläne der EU-Kommission für eine Finanztransaktionssteuer als EU-Steuer.

6. Juli: EU-Steuerkommissar [Semeta](#) erläutert in der FAZ die Pläne der Kommission für die Finanztransaktionssteuer.

7. Juli: Die [Bundesregierung](#) will die Finanztransaktionssteuer nicht als EU-Steuer.

1. Juli: LINKEN-Chefin [Gesine Löttsch](#) will mit den Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer den Euro stabilisieren und alle Kürzungspakete überflüssig machen.

1. Juli: Der [Landtag von NRW](#) verabschiedet einen gemeinsamen [Antrag](#) von SPD, Grünen und LINKEN zugunsten einer Finanztransaktionssteuer.

Entwicklungen im Ausland:

28./29. Juli: Die [EU-Finanzminister](#) bzw. ihre Emissäre treffen sich im polnischen Sobot, um informell über die EU-Budgetpläne zu verhandeln. Dabei geht es auch um die EU-Finanztransaktionssteuer.

20. Juli: Eine Finanztransaktionssteuer würde auch Spekulationen auf Staatsschulden eindämmen, ohne zur massiven Verlagerung von Finanzgeschäften zu führen, meint EU-Binnenmarktkommissar [Michel Barnier](#).

19. Juli: Der griechische Finanzminister [Stavros Lambrinidis](#) plädiert für eine EU-weite Finanztransaktionssteuer zur Finanzierung grüner Investitionen oder technologischer Innovationen. Er hält sie auch für ein gutes Instrument für die Beteiligung des Privatsektors.

19. Juli: Die [österreichische Regierung](#) hält eine Finanztransaktionssteuer für besser geeignet als eine neue Bankenabgabe, um den Privatsektor an der Griechenland-Rettung zu beteiligen.

12. Juli: Griechenlands Premierminister [Papandreu](#) hofft in einem Brief an Eurogruppen-Chef Juncker auf Einnahmen aus einer Finanztransaktionssteuer.

8. Juli: Eurogruppen-Chef [Jean-Claude Juncker](#) unterstützt die Pläne für eine Finanztransaktionssteuer als EU-Steuer.

6. Juli: [Frankreich](#) unterstützt im Grundsatz die Pläne für eine EU-Steuer: "Das Aufkommen aus der Finanztransaktionssteuer könnte direkt in den EU-Haushalt fließen", so ein hochrangiger Diplomat.

6. Juli: EU-Regionalkommissar [Johannes Hahn](#) unterstützt die Pläne der EU-Kommission für die Finanztransaktionssteuer. "Man habe jetzt eineinhalb Jahre dafür Zeit, darüber zu diskutieren".

5. Juli: Neuseelands Finanzminister [Bill English](#) lehnt die von der [Labour-Partei](#) unterstützte Finanztransaktionssteuer ab, da die Kosten angeblich auf den gemeinen Bürger abgewälzt würden.

5. Juli: Großbritannien könne aus Haushaltsgründen bald noch froh über die Einnahmen aus einer Finanztransaktionssteuer sein, meint [Stephan Schulmeister](#) vom WIFO.

5. Juli: Der [polnische Finanzminister](#) Jacek Rostowski, welcher während der polnischen EU-Ratspräsidentschaft seit dem 1. Juli dem Ecofin vorsitzt, lehnt eine EU-weite Finanztransaktionssteuer ab. Die Steuer müsse weltweit eingeführt werden.

1. Juli: Entgegen ursprünglicher Vorhaben ist die Finanztransaktionssteuer doch nicht Bestandteil des [italienischen](#) Sparpakets.

1. Juli: EZB-Präsident [Trichet](#) warnt vor einer Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer, da die Verlagerung von Transaktionen der europäischen Wirtschaft schaden würde.

25. Juni: [Neun afrikanische Staaten](#) (Mali, Guinea, Kamerun, Togo, Senegal, Mauretanien, Kongo, Burkina Faso und Benin) unterstützen die [Erklärung](#) der Leading Group, die eine

Finanztransaktionssteuer zur Finanzierung von Entwicklung enthält, und damit von insgesamt 15 Staaten unterzeichnet wurde.

Land NRW unterstützt die Einführung einer Steuer gegen Armut

Der Landtag von NRW hat am 1. Juli einen gemeinsam von SPD, Grünen und LINKEN eingebrachten Antrag zur Einführung der Finanztransaktionssteuer gegen die Stimmen von CDU und FDP angenommen.

Der [Antrag](#) fordert unter anderem:

- die Landesregierung solle sich für die Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer einsetzen;
- diese solle alle börslichen und außerbörslichen Transaktionen von Wertpapieren, Anleihen und Derivaten sowie Devisengeschäfte umfassen und mit einem Steuersatz in Höhe von etwa 0,05 % erhoben werden;
- über den Bundeshaushalt die Länder- und die kommunalen Haushalte finanziell zu entlasten sowie zusätzliche Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit und den (internationalen) Klimaschutz bereitzustellen.

Die CDU begründet ihre Ablehnung einerseits mit der Angst vor Alleingängen im europäischen Raum, andererseits mit der Zweckbindung der Einnahmen: die Einnahmen sollten zum Schuldenabbau verwendet werden und nicht für Zwecke wie Armutsbekämpfung und Klimaschutz. Dies hält auch die FDP für "unseriös" und unterstreicht, dass sie eine Einführung unterhalb der EU vehement ablehne.

Pläne von EU-Steuerkommissar Semeta zur Ausgestaltung der Steuer

In einem [Zeitungsinterview](#) erläutert Steuerkommissar Algirdas Semeta die Pläne der EU-Kommission für eine EU-Finanztransaktionssteuer.

Bisher seien ein Steuersatz von 0,1 % auf Anleihen und Aktien sowie von 0,01 % auf Derivate vorgesehen. Vermutlich sollen dabei nur Derivate auf Anleihen und Aktien besteuert werden. Dies brächte konservativ geschätzt etwa 30 Milliarden Euro jährlich. Die Steuersätze seien noch nicht endgültig. Es gäbe noch juristische Bedenken gegen die Einbeziehung von Devisen. Mit Devisen würden die Einnahmen auf mindestens 50 Milliarden Euro jährlich steigen. Die Steuer solle strikt auf Finanzinstitute beschränkt sein (!?). Die Einnahmen sollen in den EU-Haushalt gehen, dafür aber die Beiträge der einzelnen Mitgliedsstaaten verringern. Die Einnahmen sollten nach den Steuersitzen von Käufer und Verkäufer zugeteilt werden, Details dazu seien noch offen.

Mit der Steuer würden drei Zwecke verfolgt: Einnahmenerzielung, Beteiligung der Finanzbranche an den Kosten der Krise sowie Eindämmung des Hochfrequenz-Computerhandels.

Vote-EU: Soll die EU eine eigene Mehrwertsteuer und Finanztransaktionssteuer einführen?

Auf einem [Online-Portal](#) katholischer Arbeitnehmerorganisationen findet bis zu 31. August eine Debatte über das Für und Wider der Steuerpläne der EU-Kommission statt. Die Finanztransaktionssteuer ist bekanntlich Teil der Steuerpläne. Neben einer Abstimmung können auf der Internetseite auch Debattenbeiträge abgegeben werden.

Herzlichst, Ihre Newsletter-Redaktion

www.steuergegenarmut.org, auf [Facebook](#) und auf [Twitter](#)

Der Newsletter der Kampagne "Steuer gegen Armut" wird monatlich und bei besonderen Anlässen verschickt. Die Redaktion liegt bei Attac. Wenn Sie diesen Newsletter in Zukunft nicht mehr erhalten möchten, folgen Sie dem untenstehenden Link oder schicken eine Mail an finanztransaktionsteuer@attac.de.